Deutscher Bundestag **Drucksache 19/862**
19. Wahlperiode 22.02.2018

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gottfried Curio, Albrecht Glaser, Armin-Paulus Hampel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/41 –

Umfassende Grenzkontrollen sofort einführen – Zurückweisung bei unberechtigtem Grenzübertritt

A. Problem

Die Fraktion der AfD ist der Ansicht, dass die Bundesregierung die Staatsgrenzen nicht effektiv schütze und die rechtlichen Möglichkeiten der Zurückweisung von an den Grenzen Schutzsuchenden nicht vollständig ausschöpfe. Die AfD ist weiterhin der Ansicht, dass die EU-Außengrenzen weitgehend ungeschützt seien und es daher zu vielen tausend unberechtigten Grenzübertritten pro Monat komme.

Die Fraktion der AfD fordert die Bundesregierung daher auf, neben den bereits vorhandenen Grenzkontrollen weitere umfassende Grenzkontrollen einzurichten und bei Grenzkontrollen von aus benachbarten sicheren Drittstaaten den unberechtigten Grenzübertritt begehrende Menschen zurückzuweisen. Dies solle auch für Migranten aus Drittstaaten im Sinne des § 26a Abs. 2 AsylG gelten, die sich auf Verfolgung oder Schutzgründe beriefen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, offenzulegen, auf welcher Rechtsgrundlage diese Zurückweisungen unterlassen worden seien und nach wie vor unterlassen würden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 19/41 abzulehnen.

Berlin, den 21. Februar 2018

Der Innenausschuss

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Michael Brand Berichterstatter	**Uli Grötsch** Berichterstatter	**Dr. Gottfried Curio** Berichterstatter
Benjamin Strasser Berichterstatter	**Ulla Jelpke** Berichterstatterin	**Luise Amtsberg** Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Michael Brand, Uli Grötsch, Dr. Gottfried Curio, Benjamin Strasser, Ulla Jelpke und Luise Amtsberg

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/41** wurde in der 11. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Februar 2018 an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 2. Sitzung am 21. Februar 2018 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 2. Sitzung am 21. Februar 2018 empfohlen, den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 2. Sitzung am 21. Februar 2018 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/41 in seiner 2. Sitzung am 21. Februar 2018 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 21. Februar 2018

Michael Brand Berichterstatter	**Uli Grötsch** Berichterstatter	**Dr. Gottfried Curio** Berichterstatter
Benjamin Strasser Berichterstatter	**Ulla Jelpke** Berichterstatterin	**Luise Amtsberg** Berichterstatterin